

# Antrag Nr. 19-F-08-0025

## L&P

---

### Betreff:

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf städtischen Grundstücken  
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 20.03.2019 -

### Antragstext:

Die Wohnungssituation in Wiesbaden ist geprägt von rasant steigenden Mieten einerseits und dem Mangel an geförderten und bezahlbaren Wohnungen andererseits. Nach der vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Wohnbedarfsanalyse fehlen vor allem kleine, preiswerte Mietwohnungen, aktuell auch für größere Familien, für Studierende, junge Erwerbstätige, Senioren und barrierearme Wohnungen. In den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen hat die sich die Wohnflächenversorgung verschlechtert. Nach den Daten des Amtes für soziale Arbeit liegt die Zahl der als wohnungssuchend registrierten Haushalte in den letzten fünf Jahren kontinuierlich bei 3325.

Bei einem steigenden Anteil armutsgefährdeter Menschen von aktuell 20% in Wiesbaden (Prestel) lag die Anzahl der Haushalte mit Bezügen nach Sozialgesetzbuch II im Dezember 2017 bei 15.556 und SGB XII bei 6.175 und mit Bezug von Wohngeld bei 2.120. Diese „Subjektleistungen“ sind seit 2007 pro Jahr gestiegen von 91,7 Mio. Euro auf 129,2 Mio. Euro 2017, wovon die Stadt nach Aussage des Amtes für soziale Arbeit 61,6 Mio Euro trägt.

Berechnungen der Ausstiegslöhne zeigen, dass eine Familie mit 2 Kindern schon 32% und Alleinerziehende 38% ihres Einkommens für eine mittlere Miete aufwenden müssen.

Vor diesem Hintergrund stellt die Wohnbedarfsanalyse zusammenfassend fest, „dass ein hoher Bedarf an Wohnungen für den untersten Einkommensbereich besteht und bei einer Wohnbedarfsprognose dringend beachtet werden muss.“

Vor diesem Hintergrund kommt es darauf an, dass die LH Wiesbaden die Schaffung von günstigem Wohnraum mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fördert. Angesichts rasant steigender Immobilienpreise sollte die Stadt die Möglichkeit nutzen, auf eigenem Grund und Boden in Eigenregie, mithilfe der städtischen Wohnbaugesellschaften oder Genossenschaften entsprechende Bauprojekte zu verwirklichen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle deshalb beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

dass die LH Wiesbaden geeignete städtische Grundstücke per Erbpacht für Wohnbauprojekte zur Schaffung von bezahlbaren Wohnungen zur Verfügung stellt. Dies betrifft aktuell das Grundstück der ehemaligen Carl-von-Ossietzky-Schule und die Grundstücke und Bauvorhaben um die ehemalige Ortsverwaltung Dotzheim.

Wiesbaden, 20.03.2019

gez. Brigitte Forßbohm  
Stadtverordnete

f.d.R. Gunther Praml  
Fraktionsmitarbeiter